

Streit um Venedig

In Italien geht der Streit über die Zulassung Russlands auf der diesjährigen Kunstbiennale von Venedig in die nächste Runde. Kulturminister Alessandro Giuli forderte die Biennale-Stiftung auf, jegliche Korrespondenz zwischen der Stiftung und den russischen Behörden zu der Teilnahme an der Kunstausstellung vorzulegen.

Giuli betonte zwar in einer Mitteilung, die Biennale-Stiftung treffe ihre Entscheidungen völlig unabhängig von der Regierung in Rom. Es werde jedoch derzeit »sorgfältig geprüft, ob die angekündigte russische Teilnahme mit den Verpflichtungen aus dem geltenden Sanktionsregime vereinbar« sei.

Giuli forderte aber die Vertreterin seines Hauses in dem Verwaltungsrat der Biennale, Tamara Gregoretti, auf, »wegen mangelnden Vertrauens« ihr Mandat niederzulegen. Sie habe Giuli über die Zulassung Russlands nicht rechtzeitig informiert. Gregoretti erklärte aber schon, nicht zurücktreten zu wollen.

Erstmalig seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 wird Russland dieses Jahr wieder seinen Pavillon bespielen. Der Biennale-Leiter Pietrangelo Buttafuoco, 2023 von der neofaschistischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ins Amt berufen, hatte zuvor erklärt: »Keine Boykotte, keine Vetos, keine Säuberungen: Die Biennale geht einen anderen Weg als die Politik.« Russland werde genausowenig ausgeschlossen wie alle anderen Länder, die sich im Krieg befinden. Dies gelte ebenfalls für Israel, den Iran und die Ukraine.

Der russische Pavillon auf der Biennale – ein Gebäude von 1914, gebaut noch während des Zarenreichs – gehört dem russischen Staat, steht aber auf italienischem Boden. Bei den beiden vorigen Biennalen wurde er von Russland nicht genutzt: 2022 zogen sich die vorgesehenen Künstler aus Protest gegen den Angriff auf das Nachbarland kurzfristig zurück. 2024 überließ Moskau das Gebäude Bolivien. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/519237.kulturpolitik-streit-um-venedig.html>